

Wirtschaft/Junge Industrie/Mitterbauer/Pensionen/Beamte

Junge Industrie: Höhere Pensionen und Beamtengehälter kürzen

Utl.: JI-Mitterbauer: Alle müssen Beitrag leisten - Hacklerregelung sofort abschaffen, bestehende Pensionen einfrieren, höhere kürzen - Sparpotenziale im geschützten Bereich heben

Wien (OTS) - Angesichts der "Mammutaufgabe Budgetsanierung" fordert die Junge Industrie, dass "alle einen Beitrag leisten, auch die Pensionisten sowie die Beamten", wie die Bundesvorsitzende der Jungen Industrie (JI) Dr. Therese Mitterbauer betonte. Im Pensionssystem müsse als erstes der "schlimmste Sündenfall" beseitigt werden: "Die sogenannte 'Hacklerregelung' darf nicht erst 2014 langsam auslaufen, sie muss sofort abgeschafft werden - die jüngeren Generationen werden nicht länger hinnehmen, dass mit der Hacklerregelung die österreichische Frühpensionitis noch gefördert wird. Wir Jungen wollen nicht für die Fehler einer rein dem Populismus geschuldeten, völlig unsinnigen Regelung bezahlen." Wie sehr die Hacklerregelung am eigentlichen Ziel vorbeigeht belegen aktuelle Zahlen des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger: "Gerade einmal 19 Prozent derjenigen, die im Vorjahr die Hacklerregelung in Anspruch genommen haben, sind tatsächlich Schwerarbeiter. Hingegen gehen 38 Prozent der Angestellten, 30 Prozent der Bauern und 40 Prozent der Beamten in die Hacklerpension." Zudem sei der Trend hin zur Hacklerregelung nach wie vor ungebrochen. "Es kann nicht sein, dass ausgerechnet im Frühpensionistenparadies Österreich auch noch Anreize für Beamten bestehen, möglichst früh aus dem Arbeitsleben auszuschneiden", so Mitterbauer, die sich allerdings klar zu einer eigenen Regelung für wirkliche Schwerstarbeiter bekannte.

Angesichts der budgetären Notlage sei es mit der Abschaffung der Hacklerregelung freilich nicht getan, so Mitterbauer: "Wir leisten uns ein teures Pensionssystem. Jetzt darf es keine Denkverbote geben." So spreche sich die JI dafür aus, im Herbst nur den Ausgleichszulagen-Richtsatz - im Sinne der Armutsbekämpfung - in der Höhe der Inflation zu erhöhen. "Mittlere Pensionen dürfen nicht erhöht werden, bei überdurchschnittlichen Pensionen sollte unter Umständen sogar über Kürzungen nachgedacht werden", so Mitterbauer. Gänzlich abgeschafft werden sollten außerdem sämtliche "Sonderpensionen", wie etwa bei den ÖBB oder der OeNB.

Zwtl.: Einsparungen im geschützten Bereich

Handlungsbedarf bestehe schließlich auch bei den Beamten. "Die jüngste Studie des **IHS Kärnten** zeigt deutlich, dass sowohl die Pensionen als auch die Gehälter des durchschnittlichen Beamten überdurchschnittlich sind", so Mitterbauer. Eine effizientere und schlankere Verwaltung sei daher nicht nur im Sinne eines besseren Service für die Bürger, sondern auch mit dem Blick auf die Budgetkonsolidierung das Gebot der Stunde. "Wir wollen, dass Österreich zu einem modernen, serviceorientierten Dienstleistungsstaat wird." Die vom **IHS Kärnten** vorgeschlagenen Sparmaßnahmen könnten dabei nur der Anfang sein, so die JI-Vorsitzende. "Wir plädieren dafür, als ersten Schritt alle drei vom **IHS** vorgeschlagenen Sparmaßnahmen zu ergreifen." Laut der entsprechenden Studie würde ein Personalabbau um 2 Prozent bis 2010 Einsparungen von 520 Mio. Euro, bis 2013 sogar insgesamt drei Mrd. Euro bringen. Eine einmalige Nulllohnrunde für Beamte brächte zusätzliche 560 Mio. Euro Einsparungen. Zudem ließen sich durch eine Gehaltskürzung (weniger Zulagen) von einem Prozent 1,5 Mrd. Euro in drei Jahren lukrieren.

"Angesichts der notwendigen Budgetkonsolidierung, zu der jeder beitragen muss, wäre es unverständlich und unverantwortlich, wenn hier nichts passieren würde", so Mitterbauer, die darauf verwies, dass bereits jetzt 12,7 Prozent aller in Österreich Beschäftigten ihr Geld im öffentlichen Dienst verdienen. Die Gehälter der Beamten beliefen sich 2008 bereits auf 25,8 Mrd. Euro bzw. 18,8 Prozent der gesamten Staatsausgaben. "Wenn wir hier nicht sofort handeln, steigen die Ausgaben für Gehälter und Pensionen der Beamten bis 2013 um 5 Mrd. auf 30,3 Mrd. Euro." Einem Bruttomedianeinkommen eines Bundes- oder Landesbeamten von 46.066 Euro bzw. 65.284 Euro bei Richtern und Staatsanwälten steht ein Durchschnittseinkommen von 24.257 Euro in der Privatwirtschaft gegenüber.

Zwtl.: Jüngere Generationen zu Verzicht bereit

"Seitens der jüngeren Generationen sind wir durchaus bereit, unseren Beitrag zu leisten. Die JI hat daher ein eigenes Pensionsmodell vorgelegt, das schnell umzusetzen, transparenter und vor allem fairer als das bestehende wäre", so die JI-Vorsitzende. Das Reformmodell der JI (www.jungeindustrie.at) sieht vor, dass jeder Versicherte in der Pension auch tatsächlich nur das bekommt, was er Zeit seines Lebens eingezahlt hat. "Unterm Strich würde das natürlich bedeuten, dass die überdurchschnittliche österreichische Nettoersatzrate sinken würde", erläuterte Mitterbauer: "Wir Jungen sind durchaus bereit, eine dementsprechende niedrigere Pension, als sie uns nach dem bestehenden Modell zustehen würde, zu akzeptieren. Die Alternative ist nämlich die völlige Unfinanzierbarkeit des Pensionssystems." Dementsprechend erwarte man sich nun aber auch von allen anderen die Bereitschaft, Verzicht zu leisten.

Rückfragehinweis:
Junge Industrie
Mag. Johannes Höhrhan
Tel.: +43 1 71135-2463
<mailto:j.hoehrhan@iv-net.at>
www.jungeindustrie.at

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/112/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER
VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0064 2010-08-04/10:34

041034 Aug 10

© Copyright APA OTS GmbH und der jeweilige Aussender.

Die Inhalte dienen ausschließlich zur redaktionellen Verwendung und zur individuellen Information des Nutzers. Eine unveränderte Verwendung der Texte, Bilder, Grafiken, Audios und Videos auf einer nicht durch APA OTS autorisierten Homepage ist ebenso wie eine Speicherung in Datenbanken oder eine sonstige Weitergabe an Dritte nicht gestattet. Ebenso sind Direktlinks auf Meldungsaufrufe untersagt. Für den Fall, dass Sie die Inhalte weitergeben, speichern oder gewerblich nutzen möchten, wenden Sie sich bitte an: Tel.++43-1/36060-5300 oder an info@ots.at